

Gekommen, um zu bleiben: Bericht zur Jahrestagung der Sektion Wirtschaftssoziologie der DGS, "Soziologien des Geldes" am 5. und 6. Dezember 2019 an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Tolios, Philipp

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tolios, P. (2020). Gekommen, um zu bleiben: Bericht zur Jahrestagung der Sektion Wirtschaftssoziologie der DGS, "Soziologien des Geldes" am 5. und 6. Dezember 2019 an der Justus-Liebig-Universität Gießen. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81729-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Philipp Tolios | Veranstaltungsbericht | 15.01.2020

Gekommen, um zu bleiben

Bericht zur Jahrestagung der Sektion Wirtschaftssoziologie der DGS, „Soziologien des Geldes“ am 5. und 6. Dezember 2019 an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Am 19. Juni 2019, inmitten der Debatten um einen „Italexit“, also Italiens mögliches Ausscheiden aus dem Euro und vor dem Hintergrund der Folgen einer gerade erst gebannten Bankenkrise in der viertgrößten (bald drittgrößten) Volkswirtschaft der EU sowie der nicht abreißenden Warnungen vor der generellen Krisenanfälligkeit der Gemeinschaftswährung, hielt Jean-Claude Juncker eine Rede vor dem Direktorium der EZB.¹ Er wolle, so der damals noch amtierende Kommissionspräsident, die Gelegenheit nutzen, um die Geschichte des Euro aus seiner persönlichen Perspektive zu erzählen. Weit davon entfernt, in trockenem Ton die Annalen einer lediglich schlechtgeredeteten, aber tatsächlich starken Währung und ihres Aufstiegs zu einer der zentralen Leitwährungen der Welt zu referieren, schilderte Juncker sechs existenzielle Krisen. Den Anfang machte das Jahr 1993. Nachdem das Vereinigte Königreich angesichts massiven Drucks auf den Finanzmärkten gegen seine Währung am sogenannten „Black Wednesday“ das gemeinsame Europäische Wechselkurssystem (EWS) verlassen hatte, kündigten die Finanzminister Deutschlands und der Niederlande an, sich ebenfalls die Option eines Austritts aus dem relativ rigiden System offen zu halten. Diese Meldung setzte eine weitere Welle an spekulativen Devisen(ver)käufen in Gang. Unter massiven Angriffen aus dem Finanzsektor habe es eine Zeit lang so ausgesehen, als könnte das gesamte Wechselkurssystem zusammenbrechen und das Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung scheitern. Luxemburg und dessen damaliger Finanzminister Juncker sahen sich mit einer besonders prekären Situation konfrontiert. Das Großherzogtum befand sich in einer Währungsunion mit Belgien, nutzte also den belgischen Franc und hatte sich durch sein laxes Regelwerk und seine Öffnung gegenüber internationalem Zahlungsverkehr zu einem attraktiven Finanzplatz (und sicheren Hafen für Steuerhinterzieher aller Länder) gewandelt. Die Kehrseite war jedoch eine erhöhte Vulnerabilität gegenüber Schocks auf dem internationalen Finanzmarkt. Kurz: Luxemburg hätte im Falle einer Währungskrise mit massiven Auswirkungen rechnen müssen und wäre darüber hinaus Belgien und dessen Krisenreaktionen hilflos ausgeliefert gewesen...

Diese Schilderung und das Wissen darum, dass die Krise der 1990er-Jahre letztlich gebannt

worden war, bildeten den erzählerischen Hintergrund, vor dem Juncker anschließend aus der sicheren Distanz von drei Jahrzehnten eine politische Bombe platzen ließ: „I have to make a solemn confession to a room full of central bankers“, gestand er seinem Publikum.

„While we were working to find a solution, the Luxembourgish government secretly printed 50 billion in a new – and secret – currency: the Luxembourgish franc.“

Die Geheimniskrämerei ging so weit, dass man sogar das Portrait der bereits 1985 verstorbenen Großherzogin Charlotte anstelle des amtierenden Henri auf die Scheine drucken ließ, um möglichst keinen Verdacht aufkommen zu lassen. Doch es kam nicht zum befürchteten Kollaps des EWS und das Projekt einer Parallelwährung – und damit Luxemburgs Unterminierung des Gemeinschaftsprojektes „Euro“ – wurde still und heimlich abgeblasen:

„The little story stayed a well-kept secret between the Grand Duke, the Prime Minister Jacques Santer and myself, until we burned all the notes on the day the euro was introduced on 1 January 1999. That was a major performance by the Luxembourgish army.“

Und in einem typischen Anflug von trocken-ironischem Juncker-Humor setzte er hinterher: “For once, they had a job to do.“

Junckers Erzählung lässt sich – bleibt man im Englischen – nur als “high drama” bezeichnen. Sie umfasst alles, was uns auch knapp dreißig Jahre später noch umtreibt: Massive Finanzialisierung und Deregulierung der Finanzmärkte, Spekulationen im internationalen Wechselkurssystem, Debatten um den Kollaps einzelner Währungen und deren Ersatz durch parallele Zahlungsmittel, eine kriseninduzierte Mentalität des „jeder ist sich selbst der Nächste“ und verzweifelte Maßnahmen von Staaten, die versuchen, ihre Haushalte, einzelne Sektoren oder ganze Volkswirtschaften und Währungen zu stützen. Im Rückblick wird (nicht zum ersten Mal) offensichtlich, wie eng Geld und Geldordnungen mit Fragen rund um Souveränität, Legitimität, Ver- beziehungsweise Misstrauen und politischer Macht verwoben sind. Tatsächlich beschäftigen fast alle der in Junckers Rede auftauchenden Themen dieser Tage Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft gleichermaßen. Jedenfalls bestimmten sie die Agenda auf der Jahrestagung der Sektion Wirtschaftssoziologie der DGS, die am 5. und 6. Dezember 2019 im idyllisch-grauen Gießen stattfand.

Knapp 30 Leute fanden sich am Mittag des ersten Tages bei eisigen Temperaturen zu einem ‚frostigen‘ Empfang im Margarete Bieber Saal ein. Der nach der Archäologin, ersten Hochschulprofessorin der Universität Gießen und Verfolgte des Nationalsozialismus benannte Saal ist repräsentativ, hatte jedoch in diesen Tagen zwei gravierende Nachteile: er wurde nicht beheizt und war für die überschaubare Besucher*innenzahl radikal überdimensioniert. Doch von Seiten der Organisator*innen hatte man vorgesorgt; Es wurden heißer Tee und Kaffee gereicht. Allerdings war das Heißgetränk der Wahl nach den ersten 10 Minuten des ersten Vortrags nur noch lauwarm. Nach weiteren 10 Minuten hatte es Umgebungstemperatur. Das Hoffen auf hitzige Debatten wurde somit zur Überlebensstrategie. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Mitglieder des Vorstands, LISA KNOLL (Hamburg), ANDREAS LANGENOHL (Gießen), JAN SPARSAM (München) und UWE VORMBUSCH (Hagen), die einige der zu diskutierenden Themen auf der Tagung mit dem Titel „Soziologien des Geldes“ anriss, trat LEON WANSLEBEN (Köln) ans Mikrophon. Sein bereits als Aufsatz² erschienener Vortrag fragte nach den Ursachen der wachsenden systemischen Bedeutung von Geldmärkten für die gegenwärtige Geldschöpfung und das Finanzsystem. Bei Geldmärkten handelt es sich um Märkte für kurzfristige Refinanzierungen von Geschäften mit einer Laufzeit von unter einem Jahr, meist jedoch nur einer Woche oder sogar einer Nacht. Die Interaktionen der Marktteilnehmer – fast ausschließlich Banken, Fonds und große Konzerne – nehmen häufig die Form sogenannter *Repurchase Agreements* (Repo) an. Dabei werden Wertpapiere oder andere Vermögenswerte als Sicherheit für ein Darlehen gegeben und nach Ablauf einer Frist für den entsprechenden Betrag plus Zinsen wieder zurückgekauft. Als Möglichkeit zur kurzfristigen Refinanzierung hatten sie in den 2000er-Jahren massiv an Attraktivität gewonnen, bis im Zuge der globalen Finanzkrise sowohl das Vertrauen in die wechselseitige Zahlungsfähigkeit als auch das in die Wertstabilität der potenziellen Sicherheiten kollabierte. Das Ergebnis war der sogenannte *run on repo*, ein umgekehrter *bank run*, bei dem niemand mehr sein Geld verleihen wollte. Der Repo-Markt hat sich seither wieder erholt und wird auf etwa 15 Billionen Euro geschätzt, das Niveau von 2007 hat er jedoch nicht wieder erreicht.³

Für Wansleben ist die Expansion dieser Märkte vornehmlich auf deren formale Institutionalisierung zurückzuführen – für Soziologen kein ungewöhnliches Argument, doch es widerspricht dem gängigen Narrativ in der politischen Ökonomie. Demnach seien ab den 1960er/70er-Jahren Innovationen wie die Geldmärkte entstanden, um die Regulierungen des auf Einlagen beruhenden Bankengeschäfts – etwa Verzinsung und Mindestreserven – zu umgehen. Darüber hinaus habe ein Wettbewerb zwischen Staaten eingesetzt, die sich – wie etwa Luxemburg – durch radikale Deregulierung für

Kapitalanleger empfohlen. Wansleben lehnt dieses Narrativ als zu simplifizierend ab. Er gesteht zwar eine anfängliche Deregulierungsphase zu, betont jedoch, dass Finanzialisierung eine Veränderung der institutionellen Bedingungen von Kapitalismus und damit den Ersatz gewisser Regeln und Institutionen durch andere bedeute. Der einsetzende Wandel sei durch Zentralbanken und Regierungen bewusst gefördert, entsprechende Märkte mitkonstruiert und deren Stabilität garantiert worden. Gerade die oben genannten Repo-Märkte seien ein illustratives Beispiel dafür. Ihr Ursprung liege im schnellen Kreditwachstum, mit dem die Akquise von Einlagen einfach nicht Schritt halten konnte. Dadurch waren Banken gezwungen, sich nach Alternativen für die Finanzierung ihres Kreditgeschäfts umzusehen. Mittels Repo konnte man das Kreditrisiko und damit Kosten minimieren, auch wenn man die Partner nicht kannte. Dafür seien jedoch institutionelle Regeln zentral, insbesondere eine Homogenisierung des Insolvenzrechts und die staatlichen Garantien beim Abwägen diverser Gläubigeransprüche gegeneinander. Die Etablierung sogenannter *legal carve outs*, einer Priorisierung bestimmter Gläubigerrechte gegenüber denjenigen aller anderen Beteiligten, sei zentral gewesen. Geldschöpfung, so Wanslebens Fazit, finde hauptsächlich durch wechselseitige Kreditvergabe privater Banken auf hochinstitutionalisierten Geldmärkten statt. Diese seien jedoch durch nicht-demokratische Akteure und Interessengruppen gestaltet. Dadurch, so Wansleben, entstünden „neo-patrimoniale Rationalitäten“ vonseiten involvierter Zentralbanken und internationaler Finanzplätze. Formale Institutionalisierungen sollten der Förderung des Gemeinwohls dienen, derzeit wirkten sie de facto jedoch als Rahmen zur Sicherung partikularer Interessen.

Auch in BARBARA BRANDLs (Frankfurt am Main) Vortrag zu alternativen Zahlungsmitteln stellte die Finanzkrise von 2008ff. eine Umbruchsituation dar. Zu dem Zeitpunkt seien einige libertäre Hacker mit ihrem Projekt Bitcoin angetreten, um Geld ein für alle Mal dem Zugriff von Staaten und Banken zu entziehen. Das Konzept sei denkbar simpel. Bitcoin antworte auf das Problem des *double spending*, also auf die Gefahr, dass eine zur Verfügung stehende Menge digitalen Geldes schlichtweg kopiert und an mehrere Empfänger*innen übersandt wird. Die Rolle, einen derartigen Missbrauch zu verhindern, übernehmen für gewöhnlich Geschäftsbanken, die Transaktionen über ihre Bilanzen garantieren. Die Blockchain-Technologie, auf der die Kryptowährung basiere, erlaube es stattdessen, Zahlungen auch ohne derartige zentrale Instanzen durchzuführen. Transaktionen können in einem *peer to peer*-Netzwerk durchgeführt werden, die jeweiligen Buchungsvorgänge werden jedoch in einer auf vielen dezentralen Punkten – den Mitgliedern des Netzwerks – vorhandenen Datenbank abgelegt. Der Vorteil dieses Systems sei, dass kein externer Akteur für die Richtigkeit der Buchungen und Kontostände garantieren müsse. Durch die verteilte

Struktur der Datenbank seien alle Zahlungsvorgänge für alle Teilnehmer des Netzwerks stets einsehbar – ohne jedoch die Identität der Transaktionspartner zu verraten – und daher nicht manipulierbar.

Brandl bezeichnete die Fiktion eines stabilen Geldwertes als Basis sowohl des modernen Kreditgeldes als auch Bitcoins. Sie betonte jedoch, dass Geldwertstabilität nicht (ausschließlich) durch die Geldmenge garantiert werde, sondern dass es sich um einen diskursiven und performativen Prozess der Stabilisierung handle, der eine räumliche wie zeitliche Dimension aufweise. Ausschlaggebend sei im Hinblick auf die Zeitlichkeit vor allem das Vertrauen in zukünftige Zahlungsverprechen. Dessen Herstellung erfolge in Kooperationen zwischen Banken, formellen, aber auch informellen Regulierungen und Praktiken stets aufs Neue. In der räumlichen Dimension spielten vor allem zentralisierte Intermediäre eine Rolle. Ihre Aufgabe und ihr Wert bestünden darin, dass sie in einem Währungsraum Infrastruktur und deren Gebrauch durchsetzen könnten. Gerade bei digitalem Geld sei der Vorgang alles andere als trivial, handle es sich doch um ein komplexes Zusammenspiel aus der IT-Infrastruktur von Händlern, Banken und Clearingsystemen, wie etwa TARGET-2 im Falle der Eurogruppe. In einem globalen Maßstab einheitliche IT-Standards durchzusetzen, sei eine Mammutaufgabe, wie sich am Beispiel von COBOL, der dominanten Programmiersprache für Anwendungen im Interbankenverkehr, illustrieren lasse. Ende der 1950er-Jahre entwickelt, sei sie auf die Operation von Lochkarten zugeschnitten, erweise sich aber als derart mit technischen Anwendungen verwoben, dass sie sich bis heute nicht ersetzen lasse. Was die Blockchain Technologie attraktiv mache, sei, dass sie es gestatte, Zahlungen in globalem Maßstab abzuwickeln und dabei bestehende Probleme der Infrastruktur – die sich etwa aus der Persistenz von COBOL ergäben – zu umgehen. Brandls Prognose lautete daher, dass zukünftig vor allem Banken und größere Finanzinstitutionen – die Nemesis der Blockchain- und Bitcoin-Adepten – von der Technologie Gebrauch machen würden. Anstelle es zu ersetzen, könnte Blockchain so zur Rettung des Bankensystems werden. In ihrem kurzen Ausblick ging Brandl auf die Gefahr ein, die insbesondere von Facebooks eigener Digitalwährung, Libra, ausgehe. Zwar sei das Projekt momentan mit Schwierigkeiten konfrontiert, die Idee besitze dennoch einiges an Attraktivität. Große Firmen wie Facebook oder Google hätten in puncto digitaler Technik und räumlich-zeitlicher Stabilität durchaus etwas zu bieten. Mithilfe der Blockchain-Technologie könnten sie als Intermediäre zwischen Handel und Banken agieren und diese bis dato stets voneinander getrennten Bereiche auf Basis ihrer eigenen Infrastruktur zusammenführen.

SILKE ÖTSCH (Göttingen) kündigte in ihrer Keynote-Lecture ein „Experiment“ an. Sie

versuchte, rückblickend auf ihre eigene Arbeit, aber auch auf das Feld der Geldsoziologie, der versammelten Innung stichpunktartig ein paar Begriffsneuschöpfungen mit auf den Weg zu geben. Dazu habe sie ihre ethnografische Forschung motiviert, insbesondere die Erkenntnis, dass Rhetorik und Metaphern eine starke normative Wirkung entfalten können. Das zeige sich beispielsweise in der Rede von „Steueroasen“, dem englischen „tax haven“, oder der Formulierung, eine Institution hänge „am finanziellen Tropf“. Inwiefern es sich bei Begriffen jedoch nicht um Metaphern oder Rhetorik handelt, war nicht Gegenstand der Keynote. Bei den drei Neologismen, das sei hiermit vorweggenommen, handelte es sich um „Platzhirsch“, „Schleimer-Bias“ und „Offshoring“. Als „Platzhirsche“ bezeichnete Ötsch, die selbst ausgebildete Architektin ist, Architekt*innen, die durch eine starke lokale Verankerung und gute Beziehungen zu Politik und Verwaltung ökonomisch erfolgreicher seien als selbst internationale Stars der Branche. Wirtschafts- und geldsoziologische Entsprechungen dieses Begriffs seien etwa Unternehmen, die über einen privilegierten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten oder eben über gute Kontakte auf politischer und/oder administrativer Ebene verfügten. Jedenfalls sah die Vortragende jene Logik des Lokalen in Form einer „Platzhirschökonomie“ Gestalt annehmen. Beim „Schleimer-Bias“ handelt es sich um ein Desiderat der Erforschung professioneller „Steuergestalter*innen“ und den ihre Arbeit bestimmenden Normen. In Interviews, so die Sozialforscherin, hätten Steuerberater*innen es stets vermieden, auf die volkswirtschaftlichen oder gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Arbeit einzugehen. Anstatt Rechtskonstruktionen zur Abgabenvermeidung oder das Ausnutzen von Schlupflöchern anzuprangern, betonten sie die positive Wirkung von Unternehmen oder deren Rolle in der „Sicherung des Standorts“. Der „Schleimer-Bias“ zeige sich daran, dass Steuerberater*innen ihre eigenen Kunden weniger streng beurteilten als diejenigen, über die sie kein detailliertes Wissen hätten. In generalisierter Form handle es sich um den Einfluss von Versorgungsressourcen auf die (normativen) Urteile von Interviewten. „Offshoring“ wiederum beschreibe die spätestens seit den Panama respektive Paradise Papers bekannte Praxis von Vermögenden, sich staatlicher Besteuerung durch die Einrichtung von Briefkastenfirmen oder Unternehmenskonstruktionen in Niedrigsteuereuländern zu entziehen. Das perfide an „Offshoring“ sei, dass die Möglichkeiten, sich Regeln zu entziehen, mit der Höhe der erfolgreich unterschlagenen finanziellen Ressourcen zunehme. Insofern handle es sich um einen selbstverstärkenden Effekt.

Mit ihren Wortkonstrukten wollte Ötsch das Publikum dafür sensibilisieren, nicht dem Bild einer einheitlichen Geldlogik zu verfallen. Geld funktioniere unter Bedingungen des finanzierten Kapitalismus anders als in anderen Wirtschaftsweisen. So plädierte sie etwa dafür, das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis nicht mechanisch zu verstehen, sondern

als Wechselwirkung, in der sich Handlungsspielräume gegenseitig bestimmten. Auch die institutionellen Bedingungen im Zugriff auf Geld und Versorgungsregime würden noch zu wenig berücksichtigt. Ötsch warnte ebenfalls davor, die Erklärungskraft kulturalistischer Ansätze zu überschätzen. Sie würden dazu tendieren, Institutionen und soziale Beziehungen zu isolieren und zudem unterschlagen, dass Menschen auch Teil der stofflichen Natur sind. Sie plädierte jedenfalls für eine anschlussfähige, in ihrer Forschung nach gesellschaftlicher Relevanz strebende Soziologie. Was die Keynote-Lecture eindrucksvoll unter Beweis stellte, waren die Breite des Themenspektrums der „Soziologien des Geldes“ sowie die Querverbindungen, die sich in andere Bereiche des Fachs ergeben. Zukünftige Generationen von Soziologiestudierenden sollten sich dennoch nicht unglücklich schätzen, wenn sie das Vokabular der Soziologie etwas ärmer vorfinden, als es sein könnte.

NADINE FREI (Halle/Wittemberg) stellte in ihrem klar strukturierten Vortrag „empirische Fallbeispiele zur gesellschaftlichen Legitimität des Geldes“ vor. Wie schon Barbara Brandl umgab auch sie ein Hauch von Dialektik – das Umschlagen von Begriffen und Prozessen in ihr Gegenteil. Ausgehend von Georg Simmels und Max Webers These, Geld sei ein Baustein im Prozess der Rationalisierung und zeitige die Berechenbarkeit des sozialen Lebens, führte sie Interviews mit geldpolitischen und -technischen Laien in Deutschland und der Schweiz. Sie identifizierte dabei bestimmte „Refugiennarrative“, Bereiche des Sozialen, die nach den Aussagen der Interviewten frei von monetären Erwägungen seien. Beispielsweise werden Gesundheit, psychisches Wohlbefinden, Freundschaften oder Liebe als vom Geld unberührt angesehen. Wenig überraschend, möchte man meinen. Frei interessiert sich jedoch weniger für die Existenz solcher Refugien als vielmehr für deren Funktion. Geld bedürfe der Legitimierung und diese werde diskursiv und mittels einer Rhetorik von Authentizität und Berechnung erzeugt, so die Referentin. Demnach diene das Festhalten an der Nicht-Käuflichkeit gewisser Dinge der Stabilisierung der sozialen Ordnung. Dadurch, dass Freundschaft, Liebe, Gesundheit oder Glück der Logik des Geldes vermeintlich entzogen seien, erscheine eine ansonsten auf Geld gestützte Ordnung nicht als alternativlos oder als Zwangssystem. Zur Legitimation reiche es aus, dass Alternativen zu Geld lediglich aufgerufen, wenn auch nicht realisiert würden. Eine an Geld orientierte Gesellschaftsordnung dürfe nicht mit fundamentalen Freiheits- oder Gerechtigkeitsvorstellungen in Konflikt geraten, da Geldbesitz sonst als moralisches Problem oder gar als illegitim betrachtet werden könnte.

Die anwesenden Kolleg*innen zeigten großes Interesse an der eher sozialanthropologischen Arbeit. In der anschließenden Diskussion wurde jedoch schnell

der Verdacht geäußert, dass es sich vorwiegend um Legitimationsmuster der Mittelschicht handeln könnte. Frei räumte ein, dass sie die Auswahl ihrer insgesamt sieben Interviewpartner*innen nicht nach sozialstrukturellen Faktoren getroffen habe. Die Gruppe der Interviewten umfasse jedoch unterschiedlichste Berufe und keine der Personen sei von Armut betroffen. PHILIPP DEGENS (Hamburg) verwies darauf, dass nicht notwendigerweise eine strikte Grenze zwischen Ökonomie und Liebe oder anderen gesellschaftlichen Lebenssphären gezogen werden müsse. So seien Geldleistungen innerhalb von Familien, beispielsweise im Austausch für Pflegeleistungen, nicht unüblich, ohne dass diese Arbeiten dabei einen Warencharakter annähmen. Frei stimmte ihm zu und beeilte sich klarzustellen, dass nicht nur ein Verschleiern von Rationalisierungstendenzen des Geldes stattfinde, sondern dass es durchaus Übergänge zwischen Rationalisierung und Intimität gebe. In einer solchen Beobachtung sah sie auch eine gewisse Korrespondenz zu den Arbeiten von Eva Illouz über Liebe, Intimität und Ökonomie. Offen blieb letztlich die Frage, ob die anfangs beschriebene Ausgrenzung des Ökonomischen situativ geschieht oder durch eine andere Logik bestimmt wird.

Die angenehm vorgetragene und leicht zu folgende Präsentation von JAKOB GASSER und KLAUS KRAEMER (Graz) stand ganz im Zeichen des Methodenpluralismus. Für den Einstieg in ihre empirischen Forschungen zur sozialen Bedeutung von Bargeld wählte Kraemer die vielbewährte Anekdote. Er habe, so der Professor, kurz nach der Lehman Brothers Pleite im Jahr 2008 auf einem Kindergeburtstag beobachtet, dass ein Gast – vermutlich der Onkel des Geburtstagskindes – den anderen anwesenden Erwachsenen dozierte, man könne „den Banken nicht trauen“, nur um wenige Minuten später dem Geburtstagskind ein Geldgeschenk zu machen. Für Kraemer handelte es sich dabei um einen besonders absurden Fall einer generalisierbaren Beobachtung, nämlich dass Geldwissen – eine Umschreibung von Faktenwissen rund um Geldschöpfung, -deckung und -Institutionen – und praktisches Anwendungswissen rund um Geld auseinanderklaffen. Den meisten Benutzer*innen von Bohr- und Waschmaschinen, Smartphones oder Autos dürfte dieses Phänomen bekannt sein, Gasser und Kraemer haben dennoch einiges Interesse daran entwickelt. Im Rahmen ihres Forschungsprojekts befragten sie jedenfalls knapp 2000 Personen in Österreich dazu und konnten im Ergebnis ihre Ausgangsbeobachtung erstaunlich eindeutig bestätigen. Aus dem Summenscore der insgesamt 15 Wissensfragen zogen sie folgende Schlüsse: Knapp 88 Prozent der Befragten befinden sich in einer von Kraemer so titulierten „Zone der Ignoranz“. Sie haben demnach mehr Fragen falsch als richtig beantwortet. 12 Prozent seien in der „Zone des ambivalenten Wissens“ zu verorten, während weniger als 1 Prozent über tatsächliches Geldwissen verfüge. Ein solcher Befund ist zwar suggestiv, aber leider weniger informativ als erhofft (wie gesagt, bekäme man

wohl ähnliche Ergebnisse bei der Frage nach der Herstellung einer Bohrmaschine und den physikalischen Gesetzen ihres Funktionierens). Gewünscht hätte man sich an der Stelle beispielsweise eine Gegenüberstellung zu den hypothetischen Ergebnissen einer Zufallsverteilung. Da es offensichtlich bei jeder Frage nicht eine, sondern mehrere falsche Antwortmöglichkeiten gab, ist diese hypothetische Verteilung keineswegs offensichtlich. Anhand eines solchen Vorgehens ließe sich nachvollziehen, welche Domänen des „Geldwissens“ lediglich durch *Unkenntnis* und welche durch genuine *Irrtümer* betroffen sind. Stattdessen wurde dem nicht näher differenzierten „Nichtwissen“ in weiterer Folge ein weit verbreitetes „Alltagswissen“ rund um Geld gegenübergestellt. Die Forscher*innen haben offensichtlich einiges an Aufwand betrieben, um ihre Erkenntnisse abzusichern. So betonte der Forschungsgruppenleiter Kraemer, dass die Ergebnisse „durch eine Regressionsanalyse bestätigt“ worden seien. Nichtwissen sei demnach in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen vorhanden, unbeeinflusst von Geschlecht, Beruf oder Alter. Die Neigung zu Geldmythen und Irrtümern (oder auch Unkenntnis) sei stark verbreitet. Übersetzen ließe sich das wohl in: die Regression habe schlichtweg keinen einzigen Effekt identifizieren können (leider waren die Ergebnisse des statistischen Modells nicht Teil der Präsentation). Nun ist natürlich kein Ergebnis auch ein Ergebnis und die Methode daran gewiss unschuldig. Es erstaunt nur, dass die Forscher*innen auf die Idee kamen, ein varianzanalytisches Verfahren wie die Regressionsanalyse auf Daten anzuwenden, denen es ganz offensichtlich an etwas Zentralem mangelt, nämlich an Varianz. Eine Variable, die so operationalisiert wird, dass 88 Prozent am einen Ende einer Verteilung liegen und weniger als 1 Prozent am anderen, streut naturgemäß wenig. Das Ergebnis – keine Effekte zu identifizieren, welche die Varianz in den Daten beschreiben – steht demnach bereits von Beginn an fest. Warum also den Aufwand betreiben? Die Antwort auf diese Frage blieb ebenso ein Geheimnis wie die Details des Modells. Das eigentliche Forschungsinteresse der beiden Referenten schien indes in der „sozialen Bedeutung“ von barem und unbarem Geld zu liegen, eine Debatte, die sie an den Personen von Georg Simmel und Viviana Zelizer festmachten. Während Simmel Geld als „absolutes Mittel“ bezeichne und als sozial indifferent deute, behauptete Zelizer, es sei immer sozial eingebettet und könne in unterschiedlichen Momenten unterschiedliche Bedeutungen annehmen – es sei daher „sozial different“. Das Forscher*innenteam selbst wählte, wie könnte es anders sein, den Mittelweg. Geld sei ubiquitär verwendbar und gerade weil es ein absolutes soziales Mittel sei, könne es mit unterschiedlichsten sozialen Bedeutungen aufgeladen und normativ gebraucht werden. Zur Untersuchung ihrer These haben sich die Forscher an einer weiteren Methode versucht, dem „Krisenexperiment“. Dabei handle es sich, so bekam man zu hören, um eine „szenisch provozierte Interaktion“ oder – erkenntnistheoretisch gesprochen – um die Rückkehr zur anekdotischen Evidenz. Das erste

derartige Experiment habe an der Kasse des Münsteraner Zoos stattgefunden. An einem bestimmten Tag im Jahr – einem „Familihtag“ – sei der Eintritt in den Zoo frei gewesen, man wurde jedoch um eine Spende gebeten. Da die Kasse an diesem Tag geschlossen blieb, konnte ein Betrag ausschließlich in bar entrichtet werden. Die szenische Provokation lag nun darin, dass das Team aus Soziolog*innen vorgab, nur unbares Geld mitzuführen und eine Zahlung darin anbot. Die soziale Bedeutung des Zahlungsmittels, so Kraemer, offenbarte sich in weiterer Folge in der Scham der mitgeführten Kinder und den strafenden Blicken umstehender Erwachsener. Die zweite szenische Provokation spielte in Utrecht. Ohne digitale Zahlungsmittel hatte die Forscher*innengruppe gezielt ein Café angesteuert, vor dem ein Schild mit den Lettern „no cash accepted“ stand. Die Wissenschaftler*innen bestellten „ein üppiges Frühstück“, bei dessen Begleichung sich dasselbe Ergebnis wie im Münsteraner Zoo zeigte: strafende Blicke, fremdinduzierte Scham und die wahrgenommene Normenverletzung einer vermeintlich sozial indifferenten Sache. Das Publikum an den Geräten zu Hause kann jedoch unbesorgt sein: Letztlich sei man kostenfrei sowohl in den Genuss des Zoobesuchs als auch des Utrechter Frühstücks gekommen. Der Erkenntnisgewinn für die Wissenschaft liegt freilich darin, dass der Gebrauch von Geld im Alltag als soziale Institution funktioniert, er also mit allerlei normativen Erwartungen und Imperativen belegt ist. Es handle sich, so das Fazit, bei Geld um einen Gegenstand, dessen Analyse alle Probleme des Pragmatismus, der Konventionen und Praxistheorien aufweise. Die Geldsoziologie habe sich mit Persistenz und Wandel von Zahlungserwartungen zu beschäftigen. Dabei kämen stets multiple Rahmungen – Ein- und Entbettungen – zum Tragen.

Im Anschluss an den Vortrag wollte Barbara Brandl wissen, wie sich das Projekt von Kraemer und Gasser zum Forschungskorpus der Verhaltensökonomie verhalte. Schließlich trage man bereits seit mehr als 20 Jahren die Ergebnisse von (richtigen) Experimenten rund um die Themen des Forschungsprojektes zusammen. Aus Kraemers heftiger Abwehr, genuin soziologische Phänomene wie „herding“-Effekte und „nudging“ ließen sich mit den vermeintlich individualpsychologischen Standpunkten der Verhaltensökonomie nicht erklären, lässt sich ableiten, dass die Antwort wohl „gar nicht“ lautet. Jedenfalls, so Kraemer, verstehe er seine Arbeit als „Totalkritik der Verhaltensökonomie“.

Die Abschlussdiskussion fand in gelöster und offener Gesprächsatmosphäre statt. Lisa Knoll stellte fest, dass die Deutung von Geld als neutralem Medium einer „Repolitisierung des Geldes“ gewichen sei. Die Soziologie sei selbst Teilhaberin dieses Prozesses sowie des damit verknüpften Interesses an der „Blackbox ‚Geld‘“ und arbeite an deren Öffnung mit. Währenddessen blicken weite Teile der Bevölkerung noch von außen darauf, wie etwa die

empirischen Studien zu „Geldwissen“ von Kraemer und Gasser nahelegen. Geldfragen seien stets auch Umverteilungsfragen, so der Tenor im Anschluss an Ötsch. Dass eine verdeckte oder gar offene Umverteilungsdebatte im Mantel der Geldpolitik ablaufe, lasse sich sowohl an der Prävalenz von Verschwörungstheorien als auch am Interesse rechter und linker politischer Bewegungen an dem Thema ablesen. Sie alle würden die Umverteilungsdebatte antizipieren, die sich rund um das Thema Geld abzeichne. Eine kurze Diskussion entspann sich um den Stellenwert der „Soziologie(n) des Geldes“ respektive der Wirtschaftssoziologie. Auch mit Blick auf die angesprochene Repolitisierung und die Fragen rund um die Legitimierung gesellschaftlicher Ordnungen – wie sie Nadine Freis Vortrag adressiert hatte – warnte Andreas Langenohl vor der Verengung geldsoziologischer Fragestellungen auf den Bereich der Wirtschaftssoziologie. JÜRGEN SCHRATEN (Gießen) befürchtete gar eine derartige Ausdifferenzierung der angeschnittenen Themen und Ansätze, dass er die Frage in den Raum stellte, ob man nicht von mehreren Soziologien des Geldes sprechen müsse. Dagegen hielten OLIVER KUHN (Kassel), Klaus Kraemer und Uwe Vormbusch. Sie sahen das gestiegene Interesse an geldsoziologischen Fragestellungen einerseits als Möglichkeit, die Wirtschaftssoziologie innerhalb des soziologischen Feldes zu stärken, andererseits konstituiere eine Pluralität an Ansätzen noch keine Pluralität an Soziologien. Es gäbe schließlich keinen Mangel an internen Diskussionen, die eine Ausdifferenzierung in verschiedene Soziologien rechtfertigen würde. Leon Wansleben setzte sich dafür ein, gesellschaftliche Strukturen stärker mit den Deutungen im Feld zusammenzudenken. Einen derartigen Vorschlag sehe er in Aaron Sahr's Gedanken, Gesellschaftsstruktur über Geldschöpfung neu zu denken. Alternativen dazu ließen sich – anstelle der Geldschöpfung – beispielsweise in der Vermögensverteilung finden. Es gelte, den Umgang mit Geld oder dessen Bedeutung in einer sich wandelnden Sozialstruktur zu situieren. Jürgen Schraten stellte die Beobachtung an, dass die versammelte Geldsoziologie ihrem Gegenstand zwar in den unterschiedlichsten sozialen Feldern und deren Eigenlogiken nachspüre, dabei aber geografisch erstaunlich beschränkt bleibe. Ein eigentümliches Vorgehen, handle es sich doch bei Geld um ein wahrhaft globales Phänomen. FRIEDO KARTH (Hamburg) betonte, dass trotz der konstatierten Repolitisierung des Geldes und dessen offensichtlicher Durchsetzung mit Macht und Herrschaftsbeziehungen, die Frage nach dem Staat auf der Tagung gar nicht erörtert worden war. Dennoch habe die Soziologie der hiesigen Politikwissenschaft immer noch einiges voraus. Dass Geld in all seinen Facetten immer auch Souveränität impliziere, werde schließlich in der Politikwissenschaft noch kaum thematisiert. Alles in allem, das wurde auf der Tagung in Gießen offensichtlich, scheint es dem noch relativ jungen Forschungsfeld weder an Themen, noch an Ehrgeiz zu fehlen. Eben so wenig – das zeigt nicht zuletzt Junckers Geständnis – an politischer Relevanz. Die Soziologie des Geldes ist gekommen, um

zu bleiben.

[Zum Tagungsprogramm \(PDF\)](#)

Endnoten

1. Alle folgenden Zitate stammen aus: [Speech by President Juncker at the European Central Bank Forum on Central Banking 2019 celebrating 20 years of the Economic and Monetary Union, 'Building the euro: moments in time, lessons in history'](#). – Ich danke Julian Jürgenmeyer für den Hinweis auf diese Episode jüngerer europäischer Geschichte.
2. Timo Walter / Leon Wansleben, [How central bankers learned to love financialization: The Fed, the Bank, and the enlisting of unfettered markets in the conduct of monetary policy](#), in: Socio-Economic Review (online) (2019), S. 1–29.
3. Siehe dazu die Informationen der International Capital Market Association, [How big is the repo market?](#).

Philipp Tolios

Philipp Tolios ist Sozialwissenschaftler. Er arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Volontär bei der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie beim Internetportal Soziopolis.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Martin Bauer.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/gekommen-um-zu-bleiben.html>